



AUSWIRKUNGEN DER KÜRZUNGSPOLITIK

Kürzungen schwächen Reichweite und Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe

Die Kürzungen der öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zeigen erste, erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen – und vor allem auf die Menschen, die auf diese Unterstützung angewiesen sind. Die Ergebnisse einer Befragung unter den knapp 150 VENRO-Mitgliedsorganisationen zeigen: Die Folgen beschränken sich nicht auf wenige Projekte oder Fördervolumina. Vielmehr beobachten die Organisationen eine **strukturelle Schwächung** des gesamten Systems internationaler Zusammenarbeit, deren wahre Folgen zeitversetzt sichtbar werden.

Die befragten Organisationen berichten von einer **sinkenden Reichweite** ihrer Programme, eingeschränkten Unterstützungsangeboten, dem **Abbau lokaler Kapazitäten** bis hin zum Verlust **langfristiger Entwicklungsfortschritte**. Besonders kritisch bewerten die Organisationen, dass präventive und resilienzstärkende Ansätze zunehmend zugunsten kurzfristiger Krisenbewältigung in den Hintergrund treten. Dadurch steigt das Risiko neuer Krisen.

Weniger Mittel bedeuten weniger erreichte Menschen

Die Kürzungen wirken sich unmittelbar auf die Reichweite der Programme aus. Allein die 20 Organisationen, die ihre Einbußen beziffern konnten, kommen zusammengerechnet auf **rund 10,8 Millionen Menschen**, die sie im Vergleich zu vor den Kürzungen nicht mehr erreichen. Diese Zahl kann aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden und Bezugszeiträume nicht als exakte Gesamtsumme

verstanden werden. Sie verdeutlicht jedoch die Größenordnung der Auswirkungen: Hinter sinkenden Fördermitteln stehen konkrete Menschen, deren Zugang zu Nahrung, Gesundheitsversorgung, Bildung oder Schutzangeboten sich zusehends verschlechtert.

Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche, Frauen, Menschen in extremer Armut, Geflüchtete sowie weitere vulnerable Gruppen. Die Kürzungen führen nach Einschätzung der befragten Organisationen zu einer Art „Triage-Logik“. Prävention und Resilienzförderung geraten ins Hintertreffen, während oft nur dringendste Notlagen adressiert werden können. Dadurch droht eine Abwärtsspirale, in der weniger langfristige Unterstützung zu Krisenverschärfung und steigenden Hilfsbedarfen führt.

Finanzierung deutlich zurückgegangen

Die Kürzungen treffen die Programme der Organisationen in unterschiedlichem Ausmaß. Für rund die Hälfte der 34 Organisationen, die sich an der Umfrage beteiligten, sind die öffentlichen Zuwendungen zuletzt um **zehn bis 30 Prozent zurückgegangen**. Etwa ein Viertel berichtet von Rückgängen von mehr als 40 Prozent. Die finanziellen Einschnitte hinterlassen strukturelle Spuren in den Organisationen. Die Befragten berichten von **mindestens 200 abgebauten Stellen**. Damit gehen nicht nur Arbeitsplätze verloren, sondern auch langjährig aufgebaute Fachkenntnisse und Netzwerke. Viele Organisationen weisen darauf hin, dass das ganze Ausmaß der Auswirkungen zeitversetzt sichtbar werden wird: Stellen werden zunächst nicht nachbesetzt und Projekte laufen aus. Ohne eine politische Kurskorrektur werden weitere negative Folgen für die kommenden Jahre erwartet.

Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen besonders unter Druck

Besonders betroffen sind lokale Partnerorganisationen unserer Mitglieder. Viele verfügen nur über geringe finanzielle Rücklagen und sind stark von Projektmitteln abhängig. Kürzungen führen daher unmittelbar zu Personalabbau, eingeschränkten Aktivitäten oder existenziellen Risiken – zumal auch andere Geberländer, etwa die USA, ihre Unterstützung stark einschränken.

Die Folgen reichen über einzelne Projekte hinaus: Mit dem Verlust lokaler Strukturen **gehen Fachwissen, Erfahrung, Beziehungen und Handlungsfähigkeit verloren**, die über Jahre aufgebaut wurden und im Krisenfall nur schwer wiederhergestellt werden können. Damit geht letztlich auch die Nachhaltigkeit der Interventionen Stück für Stück zurück.

Fazit und Forderungen

Die Befragung zeigt die Dringlichkeit einer politischen **Kurskorrektur** auf. Wo heute Prävention, Partnerschaften und nachhaltige Ansätze verloren gehen, wächst morgen die Zahl der Menschen in Krisensituationen und es entstehen größere Herausforderungen für das internationale Hilffssystem insgesamt.

Wir fordern von der Bundesregierung, dass

- die finanzielle Unterstützung für die zivilgesellschaftliche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe gestärkt wird,
- für die humanitäre Hilfe im Etat des Auswärtigen Amtes mindestens 2,8 Milliarden Euro bereitgestellt werden,
- der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf 11,2 Milliarden Euro angehoben wird.

Mitgliedsorganisationen berichten von konkreten Beispielen:



IMPRESSUM

Herausgeber: Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. Stresemannstraße 72, 10963 Berlin, Tel: 030/2 63 92 99-10, E-Mail: sekretariat@venro.org

Redaktion: Lukas Goltermann. Berlin, 7. September 2026